

Alexey Uvarov
July 2026

Selektives Gedächtnis und symbolisches Chaos:

Innere Legitimation in Putins Russland



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Germany
<https://www.russia.fes.de>
info.russia@fes.de

Herausgebende Abteilung

International Cooperation Department,
Russia Program of the FES

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Alexey Yusupov

Bildnachweise

Titelbild: Illustrationen von Magnific.com

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

July 2026

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

Alexey Uvarov
July 2026

Selektives Gedächtnis und symbolisches Chaos:

Innere Legitimation in Putins Russland

Inhalt

1. Zusammenfassung	3
2. Henker und Opfer – Wer zählt mehr?	4
3. Versöhnung ohne Aufarbeitung	6
4. Widerspruch ausschalten: Erinnerung durch Ritual reinigen	8

1. Zusammenfassung

In Wladimir Putins Russland wird Geschichte nicht erinnert – sie wird kuratiert. In den letzten zwei Jahrzehnten hat der Kreml ein Erinnerungsregime geschaffen, das auf Widersprüchen beruht: Es verherrlicht sowohl die Täter als auch deren Opfer, versöhnt das Erbe des Russischen Imperiums mit dem der Sowjetunion und verwandelt ehemals demokratische Gedenktage in Instrumente staatlicher Loyalität. Dieses symbolische Chaos ist kein Ausdruck von Beliebigkeit, sondern Strategie. Durch die selektive Berufung auf Elemente der imperialen, sowjetischen und postsowjetischen Vergangenheit formt der Staat eine flexible ideologische Erzählung, die autoritäre Herrschaft legitimiert und zugleich die moralischen Herausforderungen historischer Traumata neutralisiert.

Diese Analyse beschreibt drei zentrale Mechanismen dieser Strategie. Erstens: Die Rehabilitierung sowjetischer Sicherheitsdienste – durch offizielle Zeremonien, Denkmäler und symbolische Gedenktage – belebt Institutionen, die einst mit politischem Terror verbunden waren, und drängt opferzentrierte Narrative in den Hintergrund. Zweitens: Durch politische Umbettungen und Gedenkkorte konstruiert das Regime eine falsche Versöhnung zwischen „Roten“ und „Weißen“, indem es eine einheitliche historische Linie präsentiert, ohne auf die Ursachen oder Verbrechen von Bürgerkrieg und Repression einzugehen. Drittens: Der Kreml hat nationale Feiertage systematisch umgedeutet – ihrer demokratischen oder revolutionären Ursprünge beraubt, dienen sie nun der Feier imperialer Größe, militarisierten Opfers und historischer Einheit. Zusammengefasst spiegeln diese Prozesse einen umfassenden Wandel der Staatsideologie wider: von einer Politik des Erinnerns hin zu einer Politik des Vergessens.

2. Henker und Opfer – Wer zählt mehr?

Eines der deutlichsten Beispiele für symbolische Widersprüchlichkeit im heutigen Russland ist der sich wandelnde staatliche Umgang mit dem Gedenken an die sowjetische Repression. Zwar erkennt der offizielle Diskurs gelegentlich die Opfer des Totalitarismus an, doch die generelle Tendenz geht zunehmend in Richtung einer Idealisierung derer, die das Repressionssystem geschaffen haben. Dieses Paradox – Opfer zu betrauern und gleichzeitig ihre Verfolger zu glorifizieren – prägt seit zwei Jahrzehnten die russische Erinnerungspolitik und hat bis Mitte der 2020er Jahre zur nahezu vollständigen Verdrängung opferzentrierter Narrative geführt.

Für Russlands zentrale Sicherheitsorgane – den Föderalen Sicherheitsdienst (FSB), den Auslandsgeheimdienst (SVR), den Föderalen Schutzdienst (FSO) und die Präsidialverwaltung für Sonderprogramme (GUSP) – ist der 20. Dezember nicht bloß ein Berufstag, sondern ein grundlegender institutioneller Feiertag. An diesem Datum im Jahr 1917 gründeten die Bolschewiki unter der Leitung von Felix Dserschinski die Allrussische Außerordentliche Kommission (Tscheka), die als „Leitorgan im Kampf gegen die Konterrevolution im ganzen Land“ fungieren sollte.¹ Die Tscheka wurde zum zentralen Instrument des Roten Terrors – einer Kampagne massiver Gewalt während des Bürgerkriegs, die sich gegen vermeintliche „Klassenfeinde“ durch Exekutionen, Zwangsarbeit und umfassende Überwachung richtete. Ihre institutionelle Linie setzt sich fort in OGPU, NKWD, MGB und schließlich KGB – allesamt verantwortlich für die Organisation massiver politischer, religiöser und ethnischer Repression. Bis heute bleibt der 20. Dezember der zentrale Feiertag des russischen Sicherheitsapparats, offiziell begangen mit Präsidentengrußworten und staatlich organisierten Zeremonien. Im Dezember 1999 unterstrich Wladimir Putin die symbolische Bedeutung dieses Erbes, indem er eine Gedenktafel für Juri Andropow am Lubjanka-Gebäude wiederherstellen ließ – ein bewusster Verweis auf die Verbindung des postsowjetischen Sicherheitsstaats mit seinen sowjetischen Wurzeln.²

Dennoch konnte der Staat nicht sofort zu einer vollständigen Rehabilitierung der repressiven

Sicherheitsdienste übergehen. In den 1990er und 2000er-Jahren hielt eine – wenn auch oft oberflächliche – offizielle Erinnerung an die Opfer politischer Gewalt an. Im Dezember 1992 richtete Präsident Boris Jelzin die Präsidialkommission zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repression ein. Gedenkstätten für die Opfer politischer Verfolgung wurden eröffnet, rechtliche Anerkennungen folgten: Im Jahr 2002 veröffentlichten das Präsidialarchiv und die NGO Memorial gemeinsam die von Stalin unterzeichneten Exekutionslisten – über 46.000 Namen, die vom Politbüro persönlich genehmigt worden waren. Während der Präsidentschaft von Dmitri Medwedew gewannen begrenzte Entstalinisierungsbemühungen wieder an Schwung. 2009 wurde Alexander Solschenizyns weltweit bekanntes Buch „Der Archipel Gulag“, eines der ersten Werke, das das sowjetische System von Terror und Repressionen schonungslos offenlegte, in den Lehrplan der Oberschulen aufgenommen. Am 30. Oktober – dem russischen Gedenktag für die Opfer politischer Repression – verurteilte der damalige Präsident Dmitri Medwedew zudem öffentlich die stalinistischen Säuberungen.³ Zwischen 2010 und 2011 erarbeitete sein Menschenrechtsrat ein nationales „Entstalinisierungsprogramm“, das sich zum Ziel setzte, sich mit dem Erbe des Totalitarismus auseinanderzusetzen und einen öffentlichen Konsens über demokratische Werte zu fördern.⁴ 2015 verabschiedete die Regierung ein föderales Konzept zur Erinnerung an die Opfer von Repressionen, und 2017 eröffnete Präsident Putin persönlich das Denkmal „Mauer der Trauer“ in Moskau.^{5,6}

Doch selbst diese Gesten waren sorgfältig begrenzt. Zwar wurde das vergangene Leid anerkannt, doch eine Infragestellung der institutionellen Kontinuität zwischen dem heutigen Staat und dem sowjetischen Repressionsapparat blieb aus. Bis Mitte der 2010er-Jahre traten die Grenzen dieses doppelgleisigen Ansatzes zunehmend zutage. Im Mai 2017, nur wenige Monate vor

¹ Präsidentenbibliothek Boris Jelzin: „Am 20. Dezember 1917 wurde die Allrussische Außerordentliche Kommission (Tscheka) gegründet. Tag des Mitarbeiters der Sicherheitsorgane in der Russischen Föderation“, <https://www.prlib.ru/history/619826>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

² Agentura.ru: „Wie der Kult um Andropow wiederbelebt wurde“, 10. September 2022, <https://agentura.ru/kak-vozrozhдали-kult-andropova>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

³ RFI – Radio France Internationale: „Gedenktag für die Opfer politischer Repression: Russischer Präsident verurteilt stalinistische Repressionen“, 30. Oktober 2009, http://www1.rfi.fr/acturu/articles/118/article_4521.asp, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

⁴ Nezavisimaja Gazeta: „Michail Fedotow und der Geist des Stalinismus“, 5. April 2011, https://www.ng.ru/politics/2011-04-05/3_fedotov.html, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

⁵ „Konzept der Staatspolitik zum Gedenken an die Opfer politischer Repression“ (2015), https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_184254/, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

⁶ RBC: „Putin eröffnet das Denkmal ‚Mauer der Trauer‘ in Moskau“, 30. Oktober 2017, <https://www.rbc.ru/society/30/10/2017/59f6ce559a79473dc615ef66>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

der Einweihung der „Mauer der Trauer“, wurde in Moskau die „Allee der Herrscher“ eröffnet – eine staatlich geförderte historische Installation mit Büsten aller russischen und sowjetischen Führer, darunter auch Stalin.⁷ Obwohl Putin der Zeremonie nicht persönlich beiwohnte, unterstützte er das kulturelle Konzept einer historischen Kontinuität, das diesem Projekt zugrunde lag. Die Ausstellung wurde als pädagogisches Mittel beworben, um nationale Identität über eine gemeinsame, ungebrochene Linie von Herrschern hinweg zu festigen – von den mittelalterlichen Fürsten bis zu den Generalsekretären der Sowjetunion. Als im Oktober desselben Jahres die „Mauer der Trauer“ enthüllt wurde, stand sie in spannungsvoller Nähe zum zuvor inszenierten Tribut an die autoritäre Tradition. Diese widersprüchlichen Signale machten ein tiefer liegendes Muster sichtbar: eine Erinnerungskultur, die ohne Übernahme von Verantwortung auskommt, und ein Gedenken, das keinen Bruch mit der autoritären Vergangenheit wagt. Der Staat inszenierte sich als moralisch reflektiert, während er gleichzeitig symbolisch die Kontinuität jener Institutionen – insbesondere der sowjetischen Sicherheits- und Repressionsorgane – bestätigte, die er zuvor nur oberflächlich in Frage gestellt hatte.

Richter Konstantin Aranowski, damals Verfassungsrichter der Russischen Föderation, formulierte in einer Sondervotumsschrift aus dem Jahr 2019 die grundlegende rechtliche und moralische Herausforderung an das staatliche Narrativ der Kontinuität.⁸ Er erklärte, dass die Russische Föderation nicht die Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion sei – eines Staates, den er als „rechtswidrig gegründet“ und inhärent repressiv bezeichnete –, sondern vielmehr eine konstitutionelle Republik, die im bewussten Gegensatz zur totalitären Herrschaft entstanden sei. Da der moderne Staat keine rechtliche Verantwortung für die Verbrechen der Sowjetzeit trage, so Aranowski, sei er moralisch umso mehr verpflichtet, den Opfern Gerechtigkeit zu gewähren – ohne die Institutionen zu bewahren, die sie einst verfolgt hatten. Seine Haltung implizierte: Wahre Rehabilitation erfordert einen Bruch, nicht ein Erbe. Die politische Reaktion ließ nicht auf sich warten: Aranowski wurde öffentlich angegriffen, sein Sondervotum verlor den offiziellen Status, und noch im selben Jahr wurde die Veröffentlichung abweichender richterlicher Meinungen verboten. Im Jahr 2022, während der Verfassungsgerichtsverfahren zur Annexion ukrainischer Gebiete, trat Aranowski schließlich zurück. Sein juristisches Dissensvotum blieb damit ein seltener Moment

richterlicher Offenheit – und ein eindrückliches Zeugnis für die Kosten, die das Infragestellen des staatlichen Kontinuitätsmythos mit sich bringt.

Nach 2022 trat die staatliche Erinnerungspolitik Russlands in eine Phase offener Verherrlichung der sowjetischen Sicherheitsdienste ein und legte dabei frühere Ambivalenzen ab. Im September 2023 enthüllte der Auslandsgeheimdienst (SVR) an seinem Hauptsitz in Jasenevo ein neues Denkmal für Felix Dserschinski.⁹ Die Bronzestatue war eine Nachbildung des ursprünglichen Monuments, das bis August 1991 auf dem Lubjanka-Platz gestanden hatte und nach dem Scheitern des Augustputsches sowie der allgemeinen Ablehnung des KGB-Erbes auf Anordnung der Moskauer Behörden entfernt worden war. Seine Wiedererrichtung – nun hinter den verschlossenen Toren des SVR – signalisierte nicht nur eine institutionalisierte Verehrung des Gründers der Tscheka, sondern auch eine symbolische Umkehrung der postsowjetischen Auseinandersetzung mit dem Staatsterror. Im September 2024 weihten die Behörden in Karelien einen groß angelegten Gedenkkomplex für während des Zweiten Weltkriegs gefallene Offiziere des NKWD und von SMERSCH ein.¹⁰ Die Anlage, bestehend aus 25 Steintafeln mit 153 eingravierten Namen, wurde mit großem Zeremoniell enthüllt – unter Teilnahme des Regionalgouverneurs, hochrangiger FSB-Beamter, Geistlicher und Veteranen der Sicherheitsdienste. Es wurde kein Unterschied gemacht zwischen Gefallenen im Kampf und jenen, die an Repressionsmaßnahmen beteiligt waren. Im Mai 2025 wurde der symbolische Wandel noch deutlicher: In der südrussischen Stadt Taganrog wurde eine Gedenktafel für die Opfer politischer Repression von der Fassade eines Universitätsgebäudes entfernt und durch eine neue Plakette ersetzt, die den „Beitrag von OGPU-/NKWD-Offizieren zur Befreiung der Stadt vom Faschismus“ würdigte.¹¹

Diese Veränderung löschte die frühere Geste der Anerkennung aus und stellte die sowjetische Staatsgewalt neu dar – nicht mehr als Problem, sondern als patriotischen Dienst. Diese Entwicklungen veranschaulichen ein konsistentes neues Erinnerungsregime: Es geht nicht nur um die selektive Ausblendung vergangener Verbrechen, sondern um die aktive Aufwertung jener Institutionen und Persönlichkeiten, die dafür verantwortlich waren. Unter dem Deckmantel von Kriegseinheit und nationaler Stärke betreibt der Staat eine systematische Rehabilitation politischer Gewalt – als historische Tugend.

⁷ Meduza: „Allee der Herrscher“ in Moskau eröffnet – mit 33 Büsten von Surab Zereteli“, 26. Mai 2017, <https://meduza.io/news/2017/05/26/v-moskve-otkryli-alleyu-praviteley-rossii-tam-ustanovleny-33-byusta-raboty-tsereteli>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

⁸ Verfassungsgericht der Russischen Föderation: Urteil Nr. 39-P vom 10. Dezember 2019 über die Verfassungsmäßigkeit von Artikel 13 des Gesetzes der Russischen Föderation „Über die Rehabilitation der Opfer politischer Repressionen“ und Bestimmungen des Gesetzes der Stadt Moskau „Über das Recht der Moskauer Bürger auf Wohnraum“, https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_338849/, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

⁹ Auslandsgeheimdienst der Russischen Föderation (SVR): „Ein Denkmal für Felix Dserschinski am Hauptsitz des SVR enthüllt“, 11. September 2023, <https://svr.gov.ru/publications/v-shtab-kvartire-svr-otkryli-pamyatnik-dzerzhinskomu.htm>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

¹⁰ Sever.Realii: „Damit nichts die Gegenwart verdunkelt“ – Warum Denkmäler für Henker errichtet werden“, 10. Oktober 2024, <https://www.severreal.org/a/so-that-nothing-darkens-the-present-why-monuments-to-executioners-are-being-erected/32631044.html>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

¹¹ 161.RU: „Gedenktafel für Repressionsopfer in Taganrog entfernt – ersetzt durch Ehrentafel für NKWD-Offiziere“, 28. Mai 2025, <https://161.ru/text/gorod/2025/05/28/74173868/>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

3. Versöhnung ohne Aufarbeitung

Die Praxis politischer Umbettungen als Instrument symbolischer Versöhnung begann 1998 mit der staatlich organisierten Beisetzung der sterblichen Überreste von Zar Nikolaus II. und seiner Familie in Sankt Petersburg. Unter Präsident Boris Jelzin wurde dieser Akt als Ausdruck nationaler Reue dargestellt. In seiner Ansprache zur Umbettung erkannte Jelzin die Ermordung der Romanows ausdrücklich als Verbrechen an – begangen von einem Regime, das das Land gespalten und tiefgreifende Traumata hinterlassen hatte.¹² Die Zeremonie war feierlich, zurückhaltend und durchdrungen von moralischer Sprache – mehr dem Gedenken gewidmet als dem Aufbau eines staatlichen Mythos.

In den folgenden Jahren, insbesondere unter Wladimir Putin, veränderten sich Ton und Zweck solcher Umbettungen jedoch grundlegend. Sie wurden nicht mehr als Mittel historischer Aufarbeitung verstanden, sondern dienten zunehmend der staatlich gesteuerten Mythenbildung. Die Umbettung verschiedener Romanow-Angehöriger – darunter Großfürst Nikolai Nikolajewitsch im Jahr 2014 und Kaiserin Maria Fjodorowna im Jahr 2006 – stützte sich häufig auf fragwürdige Testamente oder unklare forensische Beweise.¹³ Die Zeremonien vermieden konsequent eine Auseinandersetzung mit den Gründen für deren Tod oder Exil – insbesondere der revolutionären Gewalt oder ihrer Gegnerschaft zum Bolschewismus. Stattdessen erfüllten sie diplomatische und politische Funktionen: Sie dienten der Verbesserung der Beziehungen zu Dänemark, Frankreich und monarchistischen Kreisen im Ausland, während sie im Inland das Narrativ einer zivilisatorischen Kontinuität stärkten. Die toten Angehörigen des Imperiums wurden nicht mehr als Opfer politischer Gewalt dargestellt, sondern als kulturelle Ahnen eines geeinten, ungeteilten Russlands.

Diese Erzählung vertiefte sich in den 2000er-Jahren durch eine Reihe symbolischer Umbettungen und Denkmäler, die darauf abzielten, ein Gefühl historischer Versöhnung zu konstruieren. Im Jahr 2005 wurden die sterblichen Überreste von General Anton Denikin und des Emigrantenphilosophen Iwan Iljin nach Russland

zurückgeführt und feierlich im Moskauer Donskoi-Kloster beigesetzt. Anders als Jelzins Umbettung der Romanows 1998 – die als Akt nationaler Reue gerahmt war – waren diese Ereignisse ausdrücklich politischer Natur. Denikin wurde weniger für seinen Antibolschewismus als für seine Ablehnung der ukrainischen Unabhängigkeit in Erinnerung gerufen – ein Thema, das Putin in einer Rede von 2009 besonders hervorhob.¹⁴ Iljin, ein radikaler Monarchist und Gegner der Demokratie, wurde in den ideologischen Kanon des Staates aufgenommen. Diese Logik kulminierte in der Einweihung des Denkmals „Den Söhnen Russlands, die im Bürgerkrieg kämpften“ im Jahr 2021 im annektierten Sewastopol – ein monumentales Denkmal, das einen Rotarmisten und einen Weißen Offizier zeigt, die ehrfurchtsvoll unter einer goldenen Statue der Mutter Russland stehen. Finanziert von der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft und von Präsident Putin selbst enthüllt, reduziert das Monument ideologische Konflikte auf ein gemeinsames patriotisches Opfer. Das Trauma und die politischen Konfliktlinien des Bürgerkriegs werden ausgeblendet und durch einen imperialen Mythos der Brüderlichkeit ersetzt. Indem der Staat die Toten ästhetisiert und die Ursachen des Konflikts – Terror, Repression, Revolution – ignoriert, bietet er keine Wahrheit und keine Gerechtigkeit, sondern eine stilisierte Einheit, in der das Gedenken der symbolischen Kontrolle und der nationalen Konsolidierung untergeordnet wird.

Während Persönlichkeiten der Weißen Bewegung unter Wladimir Putin zunehmend in das offizielle staatliche Narrativ aufgenommen wurden – hauptsächlich zur Stützung einer imperialen Vorstellung russischer Kontinuität –, bleibt die sowjetische Vergangenheit weitgehend unangetastet. Der Staat hat es sorgfältig vermieden, die Gewalt der Sowjetzeit konsistent moralisch oder juristisch zu verurteilen, selbst dann, wenn er ausgewählte vorrevolutionäre oder antibolschewistische Figuren in sein Geschichtsbild integrierte. Diese Ambivalenz zeigt sich besonders deutlich im juristischen und symbolischen Umgang mit Admiral Alexander Koltschak. Trotz öffentlicher Kampagnen zu seiner Rehabilitierung entschied das Militärgericht des Transbaikal-Gebiets 1999, dass Koltschak dafür nicht in Frage komme – unter Verweis auf seine angebliche Beteiligung an

¹² Jelzin-Zentrum: „Präsident Boris Jelzin bei der Beisetzung der Familie Romanow in Sankt Petersburg“, 17. Juli 1998, <https://yeltsin.ru/archive/video/item/2542/>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

¹³ Uvarov, A.: „Die Knochen ins Spiel bringen: Wie Putin die Romanow-Dynastie – tot und lebendig – für seine Zwecke nutzte“, Nowaja Gaseta Europe, 31. Juli 2023, <https://novayagazeta.eu/articles/2023/07/31/pustit-v-khod-kosti>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

¹⁴ Kaftan, L.: „Warum Putin Denikin liebt“, Komsomolskaja Prawda, 25. Juni 2009, <https://www.kp.ru/daily/24316.4/508969/>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

Kriegsverbrechen und Repressionen gegen Zivilisten und Sympathisanten der Roten.¹⁵ Im Jahr 2015 reichte der Oppositionsaktivist Witali Schpitaljew einen Antrag auf eine juristische Überprüfung der Auflösung der Konstituierenden Versammlung von 1918 sowie der darauffolgenden Gründung des Sowjetstaates ein. Die Generalstaatsanwaltschaft wies diesen Antrag jedoch zurück und erklärte, eine solche Prüfung falle nicht in ihre Zuständigkeit. Bemerkenswert ist dies, weil dieselbe Behörde zuvor durchaus bereit gewesen war, über die Rechtmäßigkeit der Krim-Übertragung von 1954 zu entscheiden.¹⁶ Diese Beispiele machen die Asymmetrie des staatlichen Erinnerns deutlich: Während „weiße“ Figuren selektiv geehrt werden, um ein imperiales Narrativ zu stützen, bleibt die fundamentale Gewalt der sowjetischen Staatsgründung unberührt. Historische Wahrheit wird selektiv verwendet – als Mittel zum Zweck, nicht als Weg zur Aufarbeitung.

¹⁵ Cvetkov, V. Ž.: Admiral Kolčak. „Prestuplenie i nakazanie“ Verchovnogo pravitelja Rossii, Moskau 2018, S. 10.

¹⁶ Mediazona: „Generalstaatsanwaltschaft prüft Rechtmäßigkeit der Gründung der RSFSR und der UdSSR“, 2. Juli 2015, <https://zona.media/news/2015/07/02/rsfsr-ussr>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

4. Widerspruch ausschalten: Erinnerung durch Ritual reinigen

Unter Wladimir Putin hat der russische Staat nicht nur die Grenzen zwischen imperialen, sowjetischen und postsowjetischen Geschichtsnarrativen verwischt – er hat auch systematisch die symbolische Bedeutung nationaler Feiertage umgestaltet. Dabei wurden potenziell subversive Gedenktage ihres ursprünglichen demokratischen oder oppositionellen Gehalts beraubt und in unpolitische Feiern von Einheit, Erbe und staatlicher Kontinuität umgedeutet. Dieser Prozess folgt einer umfassenderen Strategie: das Andenken an Bruch, Revolution und Reform zu domestizieren, indem es in eine stabile, sakralisierte nationale Mythologie eingebettet wird. Das System der staatlichen Feiertage und Gedenktage, das einst ein zentrales Medium bürgerschaftlicher Mobilisierung und historischer Auseinandersetzung war, ist zu einem Instrument ideologischer Kontrolle geworden.

Der „Tag Russlands“, der jährlich am 12. Juni begangen wird, erinnerte ursprünglich an die Annahme der Erklärung über die staatliche Souveränität der RSFSR im Jahr 1990 – ein grundlegender Moment, der das Bestreben der Republik nach politischer Autonomie zum Ausdruck brachte und direkt zum Zerfall der Sowjetunion beitrug. Anfang der 2000er-Jahre war diese Bedeutung noch präsent. Wladimir Putin selbst erkannte 2000 an, dass die Erklärung „eine Ära beendet“ und die russische Staatlichkeit neu geformt habe.¹⁷ Ein Jahr später bezeichnete er sie als Beginn einer „neuen Etappe in der Geschichte unseres Landes“ – dem Aufbau eines demokratischen Staates, gegründet auf bürgerlichen Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit.¹⁸ Diese Deutung, die den demokratischen Wandel betonte, blieb bis in die frühen 2010er-Jahre Teil des offiziellen Diskurses. Nach der Annexion der Krim 2014 und der damit verbundenen ideologischen Neuausrichtung des Kremls wurde der Feiertag jedoch umgedeutet. In seiner Ansprache von 2014 betonte Putin nicht mehr den Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit, sondern den „jahrhundertelangen Weg unseres Vaterlandes“ – ein deutliches Signal für die Abkehr von demokratischen

Idealen hin zu nationalem Stolz.¹⁹ In den folgenden Jahren wurde die politische Bedeutung des 12. Juni in der offiziellen Rhetorik weiter verwässert: An die Stelle von Souveränität und Demokratie traten vage Verweise auf „nationale Größe“ und „historische Kontinuität“. Die Feier der Unabhängigkeit wurde so zur Feier der Beständigkeit – und der ursprüngliche Sinn des Feiertags als Symbol politischen Wandels faktisch ausgelöscht, zugunsten eines weiteren staatlichen Rituals der nationalen Einheit.

Der im Jahr 2005 eingeführte „Tag der Nationalen Einheit“ erinnert an die Vertreibung polnischer Truppen aus Moskau im Jahr 1612 durch eine Freiwilligenmiliz unter der Führung von Kusma Minin und Dmitri Poscharski. Offiziell würdigt der Feiertag die „Einheit des russischen Volkes“ über ethnische, religiöse und soziale Grenzen hinweg. Seit seiner Einführung nutzt der Kreml diesen Tag gezielt zur Vermittlung einer Botschaft patriotischer Geschlossenheit. Wladimir Putin hat wiederholt die symbolische Bedeutung des Jahres 1612 hervorgehoben – als Moment, in dem Russen unterschiedlicher Herkunft interne Wirren und äußere Bedrohungen durch kollektives Handeln überwinden. Die Russisch-Orthodoxe Kirche, die eine zentrale Rolle bei der Wiederbelebung des Feiertags spielte, verlieh ihm religiöse Tiefe, indem sie die nationale Rettung mit göttlichem Schutz und der Kasaner Ikone der Gottesmutter verknüpfte. Im Laufe der Jahre wurden die Präsidenschaftsreden zunehmend von einem Narrativ geprägt, das den Feiertag nicht bloß als historische Erinnerung, sondern als Feier zeitloser russischer Einheit, Souveränität und traditioneller Werte versteht – häufig in Abgrenzung zu vermeintlichen äußeren Bedrohungen und ideologischer Unterwanderung. Was als Gelegenheit hätte dienen können, um bürgerschaftliches Engagement und basisdemokratische Mobilisierung zu würdigen, wurde stattdessen zu einem Instrument, um vertikale Machtstrukturen zu sakralisieren und historische Kontinuität zu zelebrieren.

Hinter der offiziellen Symbolik vermittelt das Jahr 1612 jedoch eine ganz andere historische Lehre – eine, die nicht auf zentralisierter Macht, sondern auf dezentralem bürgerschaftlichem Handeln beruht. Während der sogenannten

¹⁷ Präsident der Russischen Föderation: „Rede beim Empfang anlässlich des Tages der Erklärung der staatlichen Souveränität Russlands“, 12. Juni 2000, <https://www.kremlin.ru/events/president/transcripts/2000/06/12>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

¹⁸ Präsident der Russischen Föderation: „Wladimir Putin nahm an einem Empfang zum Tag Russlands teil“, 12. Juni 2001, <https://www.kremlin.ru/events/president/news/2001/06/12>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

¹⁹ Präsident der Russischen Föderation: „Rede beim Empfang anlässlich des Nationalfeiertags – Tag Russlands“, 12. Juni 2014, <https://www.kremlin.ru/events/president/news/45917>, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

„Zeit der Wirren“, als ausländische Truppen russische Städte besetzt hielten und die staatliche Ordnung zusammengebrochen war, waren es nicht der Zar oder die Eliten, die das Land retteten, sondern gewöhnliche Bürger. Die Miliz, die schließlich Moskau befreite, entstand aus einer Graswurzelbewegung in Nischni Nowgorod – organisiert vom Kaufmann Kusma Minin und dem Fürsten Dmitri Poscharski. Dieser Moment horizontaler Solidarität – der Adlige, Kaufleute, Bauern und Geistliche vereinte – zeigte eindrucksvoll, dass die russische Gesellschaft auch ohne legitime Autorität zur Selbstorganisation fähig war. Statt als Mythos staatlich gelenkter Einheit könnte die Geschichte von 1612 als Gründungsmoment einer russischen Zivilgesellschaft verstanden werden: als Zeugnis kollektiven Handelns, lokaler Initiative und patriotischer Eigenverantwortung von unten. Doch genau diese Lesart wurde systematisch aus der staatlichen Kommunikation verdrängt. Indem der Feiertag als Ausdruck historischer Einheit unter starker Staatlichkeit inszeniert wird, hat der Kreml das emanzipatorische Potenzial der Vergangenheit ausgelöscht – und bürgerschaftlichen Widerstand in imperiale Gefolgschaft umgedeutet.

Der 7. November, einst ein Synonym für die Oktoberrevolution, hat im Russland der Putin-Ära eine bemerkenswerte Wandlung durchlaufen. Nachdem der Feiertag 1996 in „Tag der Eintracht und Versöhnung“ umbenannt worden war, wurde er 2005 vollständig aus dem Kalender gestrichen und durch den Tag der Nationalen Einheit ersetzt. Doch anstatt in Vergessenheit zu geraten, wurde das Datum umgedeutet. Ab 2006 begannen die Moskauer Stadtregierung und die föderalen Behörden mit jährlichen Nachstellungen der Militärparade vom 7. November 1941 auf dem Roten Platz – einer Parade, die ursprünglich während der Schlacht um Moskau stattfand, um Durchhaltewillen und Widerstandskraft zu demonstrieren. Diese Inszenierungen, an denen Tausende Soldaten in Uniformen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs teilnahmen, begleitet von historischen Militärfahrzeugen wie T-34-Panzern, „Katjuscha“-Raketenwerfern und GAZ-Lastern, nahmen jedes Jahr an Umfang zu. Im Jahr 2015 marschierten über 5.000 Teilnehmer – darunter Kadetten, Schüler von Suworow-Militärschulen und patriotische Jugendgruppen – in geordneten Formationen, während Veteranen von Tribünen aus zusahen.²⁰ Das Spektakel hat die Erinnerungen an die Revolution zunehmend verdrängt und durch einen gereinigten, militarisierten Mythos nationaler Widerstandskraft ersetzt. Dieser symbolische Wandel – vom revolutionären Sturm auf den Winterpalast hin zum disziplinierten Marsch der Kriegstruppen – spiegelt das Bestreben des Staates wider, das Erbe radikaler Veränderung zu tilgen und stattdessen Narrative von Ordnung, Opferbereitschaft und Loyalität in den Vordergrund zu stellen. In Putins Russland wird Revolution nicht mehr

erinnert – sie wird neutralisiert, umgedeutet als Moment nationaler Bedrohung, der nicht durch Umbruch, sondern durch staatliche Ausdauer überwunden wurde.

²⁰ Topnews.ru: „Parade auf dem Roten Platz am 7. November 2015“, 2015, https://www.topnews.ru/news_id_91291.html, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2025. (auf Russisch).

Über den Autor

Alexey Uvarov ist Politikwissenschaftler und Historiker mit Schwerpunkt auf der russischen Erinnerungspolitik und der postsowjetischen Identität. Er ist Gastwissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum und wird im Rahmen der Fedor-Stepun-Initiative gefördert. Er hat sowohl zu wissenschaftlichen Publikationen als auch zu unabhängigen Medien beigetragen, darunter Meduza und Dekoder.

Selektives Gedächtnis und symbolisches Chaos:

Innere Legitimation in Putins Russland



Der Artikel untersucht, wie Russland unter Wladimir Putin politische Legitimation durch eine bewusst widersprüchliche Erinnerungspolitik konstruiert. Geschichte wird dabei nicht passiv erinnert, sondern aktiv kuratiert, um autoritäre Herrschaft zu festigen und historische Traumata zu neutralisieren. Dieses „symbolische Chaos“ vereint imperiale, sowjetische und postsowjetische Elemente zu einer flexiblen Erzählung, die die Vergangenheit als strategische Ressource nutzt.



Drei zentrale Mechanismen prägen dieses Erinnerungsregime. Erstens: Die Rehabilitierung sowjetischer Sicherheitsorgane durch Gedenkfeiern und Denkmäler belebt Institutionen, die einst mit politischem Terror verbunden waren, und verdrängt opferzentrierte Narrative. Zweitens: Staatlich inszenierte Umbettungen und Denkmäler erzeugen eine scheinbare Versöhnung zwischen „Roten“ und „Weißen“, ohne die Ursachen oder Verbrechen des Bürgerkriegs aufzuarbeiten. Drittens: Nationale Feiertage werden ihrer ursprünglichen demokratischen oder revolutionären Bedeutung beraubt und als Feiern imperialer Kontinuität, Opferbereitschaft und nationaler Einheit neu interpretiert.



Diese Praktiken markieren eine Verschiebung von einer Politik der Aufarbeitung hin zu einer Politik des Vergessens und ersetzen emanzipatorische Narrative durch Mythen von Ordnung und Kontinuität.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de